



Verband Bayerischer Rechtspfleger e.V.

Rechtspfleger-Kurier

Ausgabe I/2009

Jahrgang 42

HINWEIS

Die Vorstandschaft hat beschlossen, das Erscheinungsdatum des Kuriers aus praktischen Gründen zu ändern. Der Kurier wird zukünftig im Februar, Mai, August und November eines jeden Jahres ausgegeben.

Bericht aus dem Landesvorstand

Doppelhaushalt 2009/2010:

Über die Eingabe des VERBANDS zum Doppelhaushalt 2009/2010 haben wir im Kurier IV-2008 und auf der Homepage ausführlich berichtet.

Auf wiederholtes Drängen des VERBANDS hatte sich das Bayerische Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz entgegen seiner ursprünglichen Haltung nun doch entschlossen, zum nächsten Doppelhaushalt neben mehreren Stellenhebungen 30 zusätzliche Stellen für Rechtspfleger anzumelden.

Nach dem inzwischen ergangenen Kabinettsbeschluss sind für 2009 und 2010 – sehr erfreulich – zwar mehrere Stellenhebungen, aber – leider – keine zusätzlichen Stellen für Rechtspfleger vorgesehen.

Es wird somit zu einer größeren Zahl von Beförderungen für Rechtspfleger kommen. Der Schwerpunkt wird darin liegen, die viel zu langen Wartezeiten für Beförderungen nach A 11 deutlich zu verkürzen.

Die Arbeits**belastung** wird jedoch weiter **erheblich** über 100% betragen.

In Gesprächen mit den im Bayerischen Landtag vertretenen Fraktionen werden wir trotzdem weiterhin mit Nachdruck versuchen, die in vielen Gerichten und Staatsanwaltschaften immer unerträglichere Arbeitsbelastung durch die Schaf-

Inhaltsverzeichnis

- ◆ Bericht aus dem Landesvorstand
Seite 1
- ◆ Treffen mit Bündnis90/die Grünen
Seite 3
- ◆ Bundesjustizministerin Brigitte Zypries, MdB, berichtet über die aktuelle Rechtspolitik aus 1. Hand
Seite 4
- ◆ Rechtspflegerverband tagt in Augsburg
Seite 5
- ◆ Bad Boll 2008 - ein Bericht
Seite 6
- ◆ Diverses
Seite 8
- ◆ Neujahrsrätsel 2009
Seite 9
- ◆ Termine
Seite 10
- ◆ Neujahrswünsche
Seite 10
- ◆ Impressum
Seite 10

fung zusätzlicher Rechtspflegerstellen zu senken.

"Es darf nicht sein, dass durch eine übergroße Arbeitsbelastung und erhöhtem Zeitdruck Rechtspflegerkolleginnen und -kollegen in ihrer sachlichen Unabhängigkeit beschnitten werden!"

Dienstrechtsreform:

Die Positionen des VERBANDS zu der von der Bayerischen Staatsregierung beabsichtigten Dienstrechtsreform haben wir ebenfalls schon im Kurier IV-2008 und auf der Homepage veröffentlicht. In den Gesprächen mit den Fraktionen im Bayerischen Landtag, dem Bayerischen Staatsministerium für Finanzen und mit dem Bayerischen Beamtenbund werden wir diese Positionen mit Nachdruck vertreten und versuchen, sie möglichst vollständig durchzusetzen.

Aufhebung der Richtervorbehalte in Nachlass- und Handelsregistersachen:

Die Zahl der Bundesländer, in denen die Richtervorbehalte in Nachlass- und Handelsregistersachen aufgehoben wurden und werden nimmt immer mehr zu. Nach Berichten unserer Kolleginnen und Kollegen auf der letzten Präsidiumssitzung des Bundes Deutscher Rechtspfleger sind die nach der Übertragung gemachten Erfahrungen überaus positiv. Eine Übersicht der bisher erfolgten Übertragungen haben wir im Kurier IV-2008 veröffentlicht.

Unerklärlich ist, dass sich das Bayerische Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz weiterhin weigert, für Bayern ebenfalls entsprechende Schritte in die Wege zu leiten.

Wir werden auch künftig durch verstärkte Überzeugungsarbeit versuchen, hier eine Meinungsänderung herbeizuführen. Eine Vollübertragung der Nachlasssachen auf den Rechtspfleger ist längst

überfällig. Auch die Bearbeitung der Handelsregistersachen wird die bayerischen Rechtspfleger nicht vor unlösbare rechtliche Probleme stellen. In Ausbildung und Befähigung stehen die bayerischen Rechtspfleger/-innen ihren Kolleginnen und Kollegen in den anderen Bundesländern nicht nach.

"Die Bayerischen Rechtspfleger protestieren energisch gegen das ihnen entgegengebrachte Misstrauen!"

100 Jahre Verband Bayerischer Rechtspfleger:

Am 18. Juli 1909 erfolgte in Nürnberg die Erstbegründung des Verbandes Bayerischer Rechtspfleger, damals noch als „Verein bayerischer Justizsekretäre“.

Es ist beabsichtigt, zu diesem besonderen Anlass einen „Sonderkurier“ zu veröffentlichen. Ein Redaktionsteam wurde dafür gegründet.

Ferner soll der, voraussichtlich am 17.07.2009 stattfindende, Coburger Dämmerchoppen im Gedenken an diesen besonderen Tag unter dem Motto „100 Jahre Rechtspflegerverband“ stehen und durch seine Gestaltung an dieses Ereignis erinnern.

Gespräche mit Politikern:

Im Dezember 2008 fand ein Gespräch mit der Vizepräsidentin im Bayerischen Landtag, Christine Stahl, und weiteren Abgeordneten der Landtagsfraktion Bündnis 90/Die grünen statt.

Gespräche mit Vertretern der SPD-Fraktion und der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag sind für Januar bereits fest vereinbart.

Von der Fraktion der Freien Wähler und der FDP haben wir bis jetzt noch keine Antworten auf unsere Bitte zu einem Gespräch erhalten. Wir werden uns jedoch weiter um entsprechende Termine bemühen.

Vom Bayerischen Staatsminister für Finanzen, Georg Fahrenschon, wurden wir nach unserer Bitte um ein Gespräch an den zuständigen Ministerialdirigenten im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen, Hüllmantel, verwiesen. Ein Termin muss noch vereinbart werden.

Kurz vor Weihnachten hat auch die Bayerische Staatsministerin der Justiz und für Verbraucherschutz, Frau Dr. Beate Merk, auf unsere mehrfach geäußerte Bitte um einen Gesprächstermin geantwortet. Mitte Februar will sich die Vorstandschaft zu einem Gespräch mit unserer höchsten Dienstvorgetzten treffen.

Neuverteilung der Spitzenstellen im Rechtspflegerdienst und der Stellen im höheren Rechtspfleger- und Justizverwaltungsdienst:

Die erste Sitzung zur Evaluierung des Konzepts fand im Dezember 2008 statt. Eine weitere Sitzung ist für März 2009 eingeplant. Der Hauptpersonalrat ist in die Arbeitsgruppe eingebunden. Zwischenergebnisse können noch nicht berichtet werden.

"Die Mitglieder des VERBANDs im HPR werden die Entwicklung genau verfolgen und versuchen, ein **transparentes** und ein für Rechtspfleger mit und ohne Verwaltungsaufgaben gleichermaßen gerechtes, und akzeptables Ergebnis zu erreichen."

Weitere Besprechungsthemen in der Vorstandssitzung waren:

- Vorbereitung der Hauptverwaltungssitzung vom 22. bis 24. Juni 2009 an der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege in Starnberg. Die voraussichtliche Tagesordnung und die Besprechungspunkte mit den Vertretern des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz wurden festge-

legt.

Herr Ministerialdirektor Hans-Werner Klotz hat seine Teilnahme bereits mündlich zugesagt.

- Zu der bevorstehenden Dienstrechtsreform wird der Landesvorstand ein Gespräch mit dem Vorstand des Bayerischen Beamtenbundes führen.
- Mit der im Dezember 2008 verkündeten Tarifforderung des DBB hat auch der Countdown für eine Besoldungsanpassung der Bayerischen Beamten begonnen. Durch eine Postkartenaktion will der Bayerische Beamtenbund seinen Forderungen Nachdruck verleihen. Nähere Informationen hierzu werden in der Zeitschrift „BBB-Nachrichten“ veröffentlicht werden.
- Der Bayerische Rechtspflegertag im Jahr 2010. Derzeit gibt es nichts Neues zu berichten. Der Bezirksverband München wird in Abstimmung mit Kollege Hofmann als Vertreter des Landesvorstands spätestens Ende März 2009 mit den Feinplanungen beginnen.
- Eine neu gegründete Arbeitsgruppe „Gestaltung künftiger Rechtspflegertage ab 2015“ wird sich im Juni 2009 zu einer ersten Arbeitstagung treffen.
- Die Tagesordnungspunkte aus der Präsidiumssitzung des BDR im Oktober 2008 in Rostock wurden ausgiebig diskutiert. Die nächste Präsidiumssitzung wird im April 2009 in Berlin stattfinden und soll auch eine Veranstaltung zur Erinnerung an das 100-jährige Gründungsjubiläum des BDR enthalten.

Treffen mit Bündnis 90 / Die Grünen

Am 27.11.2008 trafen sich Mitglieder der Vorstandschaft mit Vertretern der Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zu einem Gespräch über die Haushaltseingabe des Verbandes Bayerischer

Rechtspfleger zu dem Doppelhaushalt 2010/2011 und die geplante Dienstrechtsreform. Das Gespräch im Bayerischen Landtag war konstruktiv, harmonisch, von Interesse und gegenseitigem Verständnis geprägt. Frau Christine Stahl, Vizepräsidentin des Bayerischen Landtags, erklärte, die Justiz habe immer noch nicht den Stellenwert, den sie verdiene. Ihre Partei werde den Verband Bayerischer Rechtspfleger bei der Forderung nach einer Stellenmehrung unterstützen. Ebenso werde eine Verkürzung der Wiederbesetzungssperre auf Null befürwortet.



v.l.: Christine Kamm (Innenausschuss), Georg Saffert, Kurt Rosemann, Robert Schmid, Claudia Kammermeier (alle Verband Bayerischer Rechtspfleger), Susanna Tausendfreund (Innenausschuss, Rechts- und Verfassungsausschuss), Thomas Mütze (Haushaltspolitischer Sprecher), Christine Stahl (Rechts- und Verfassungsausschuss), und Christoph Hau (Referent für Haushalt, Finanzen und öffentlicher Dienst)

Die Partei Bündnis 90/Die Grünen stehe zu der Abschaffung der 42-Stunden-Woche. Alle Privatisierungsbestrebungen werden strikt abgelehnt, Aufgabenübertragungen innerhalb der Justiz standen die Landtagsabgeordneten aufgeschlossen gegenüber. Gerade im Hinblick auf die Finanzkrise und die Belastung der bayerischen Staatsregierung durch die BayernLB machte Kurt Rosemann Einsparpotenziale durch Aufgabenübertragungen vom Richter auf den Rechtspfleger deutlich.

Im Rahmen der bevorstehenden Dienstrechtsreform erläuterten die Mitglieder der Vorstandschaft die Forderung nach einem Einstieg in A11. Auch die Probleme der Nachwuchsgewinnung wurden besprochen. Die Abgeordneten zeigten auf, dass es ihrer Meinung nach an einem effektiven Personalmanagement in allen Ressorts mangle.

Wir bedankten uns für das konstruktive Gespräch.

Bundesjustizministerin Brigitte Zypries, MdB, berichtet über die aktuelle Rechtspolitik aus 1. Hand

Die Bundesjustizministerin direkt erleben, das wollten sich viele Juristen aus der Region nicht entgehen lassen. Natürlich nahm auch der Bezirksverband Traunstein die Einladung der Bundestagsabgeordneten Angelika Graf (SPD) an und begab sich, unter Leitung der Vorstandsmitglieder Manfred Biermaier und Wolfgang Benischke, nach Wasserburg, wo die Bundesjustizministerin zur aktuellen Rechtspolitik der Bundesregierung Stellung bezog.



v. r.: Angelika Graf (MdB), Maria Noichl (MdL), Michael Kölbl (Bürgermeister von Wasserburg a. Inn, früher RiLG Traunstein), Brigitte Zypries (Bundesjustizministerin)

Außer dem Verband Bayerischer Rechtspfleger Traunstein konnte Brigitte Zypries im gut gefüllten Veranstaltungsort auch Vertreter der Anwaltschaft, des Notariats, der Bau-Innung Wasserburg, der Wirtschaftsunioren Rosenheim, der Kolpingfamilie Wasserburg e.V., der Bürgerhilfe Pfaffing und weitere Bürgerinnen und Bürger aus dem Landkreis Rosenheim begrüßen.

Nachdem der Veranstaltungstag auf den 11. September fiel, begann die Bundesministerin ihren Überblick mit der Thematik der öffentlichen Sicherheit. Insofern stellte sie klar, dass die Balance aus Sicherheit und Freiheit angesichts der jüngsten Entwicklungen nicht statisch gesehen werden kann, es aber eine Überregulierung zu vermeiden gilt. Würde der Staat bereits das Wissen zum Bau einer Bombe unter Strafe stellen, ohne dass dies in eine konkrete Tatvorbereitung einfließt, so würde dies die Struktur des Staates verändern und die Terroristen hätten ihre Ziele erreicht.

Einen weiteren Schwerpunkt setzte Zypries bei der Kindesmisshandlung und -vernachlässigung. Insofern musste die Justizministerin in einzelnen Fällen auch das Versagen „der Ämter“ einräumen. Dem kann nach ihrer Ansicht nur durch einen verbesserten Schutz der Kinder entgegengesteuert werden. Dies soll durch die verbesserten gesetzlichen Möglichkeiten der Familiengerichte im Rahmen der Reform des FGG erreicht werden. Zypries sprach sich insofern auch für eine Erweiterung in Artikel 6 GG aus, wonach neben den Rechten der Eltern auch die Rechte der Kinder vom Grundgesetz garantiert werden sollten. Auf diesem Weg könnte das Recht der Kinder auf gewaltfreie Erziehung besser durchgesetzt werden.

In ihrem weiteren Vortrag ging Frau Zypries auch auf die verabschiedete Reform beim GmbHG ein, wonach nunmehr in Anlehnung auf das Rechtsgebil-

de der britischen Limited auch nach deutschem Recht eine GmbH mit wesentlich geringerem Kapitalaufwand errichtet werden kann. Die Bundesregierung verspricht sich hiervon eine wesentliche Erleichterung bei der Firmengründung.

Neben Fragen zum Verbraucherschutz, wie etwa bei der Telefonwerbung, wo es zukünftig ein 14tägiges Widerrufsrecht für telefonisch abgeschlossene Verträge geben soll, wurde von Frau Zypries auch die Neuregelung zum Thema Patientenverfügung angesprochen. Insofern sieht der Gesetzesentwurf vor, dass die Patientenverfügung gesetzlich normiert werden solle. Dies dient nach Worten der Justizministerin in erster Linie der Akzeptanz der auch jetzt bereits in Deutschland getroffenen Patientenverfügungen. Die Bundesregierung möchte damit die Rechte des einzelnen Bürgers nach Selbstbestimmung nicht nur im Leben sondern auch beim Sterben stärken.

Leider war die Vortragszeit zu knapp bemessen, um der Ministerin konkret auf die Belange der Rechtspfleger eingehende Fragen stellen zu können, trotzdem war die Teilnahme an der Veranstaltung richtig und wichtig, da Präsenz und der Kontakt zu den politischen Mandatsträgern die Grundlagen standespolitischen Handelns sind.

Wolfgang Benischke

Rechtspflegerverband tagt in Augsburg

Am 23.10.2008 hat der Bezirksverband Augsburg des Bayerischen Rechtspflegerverbandes seine diesjährige Mitgliederversammlung in Augsburg durchgeführt.

Nach einer Führung durch die Altstadt Augsburgs mit all ihren Sehenswürdigkeiten haben sich über 30 Mitglieder des

Bezirksverbandes im Justizhauptgebäude zur Mitgliederversammlung getroffen. In einem dankenswerterweise vom Landgericht Augsburg für die Veranstaltung überlassenen Besprechungsraum konnte Vorsitzender Wolfgang Simon als Gäste die Vorstandsmitglieder des Landesverbandes Kurt Rosemann (Landesvorsitzender) und Robert Schmid (zugleich Vorsitzender des Hauptpersonalrates beim Justizministerium) begrüßen. Nach der Begrüßung der Versammlungsteilnehmer durch den Präsidenten des Landgerichts Prof. Dr. Arloth standen die Gäste für Fragen aus allen Bereichen des Rechtspfleger- und Beamtenrechtes zur Verfügung.



Ein Teil der Mitglieder stellte sich nach der Versammlung zu einem Gruppenfoto zusammen. Die Veranstaltung fand ihren Abschluss in gemütlicher Runde der Teilnehmer in einer Gaststätte der Augsburger Fußgängerzone.

Wolfgang Simon

Bad Boll 2008: Freiwillige Gerichtsbarkeit und Vollstreckung – was ist neu?

Auch dieses Jahr trafen sich Rechtspfleger aus ganz Deutschland in Bad Boll, um sich über aktuelle Themen zu informieren und auszutauschen. Die Leiterin der Akademie, Frau Kathinka Kaden, be-

grüßte die Teilnehmer und eröffnete die Veranstaltung zusammen mit dem Bundesvorsitzenden des BDR Peter Damm.

Die Tagung begann mit der Vorstellung des neuen Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FGG-RG: FamFG), das am 01. September 2009 in Kraft tritt. Regierungsdirektor Heiko Wagner, Leiter des Referats Freiwillige Gerichtsbarkeit am Bundesministerium der Justiz, referierte über die umfassenden Änderungen, die 112 Gesetze betreffen.

Im Mittelpunkt des neuen Familienrechts soll das Wohl des Kindes stehen.

Reformelemente sind dabei das Beschleunigungsgebot in Kindschaftssachen, der Verfahrensbestand für Kinder, die Modernisierung und systematische Bereinigung des Gesetzes, die Trennung von materiellem und formellem Recht, die Definition, wer Beteiligter eines Verfahrens

ist und vieles mehr.

Neu ist das Große Familiengericht, das einige Aufgaben aus der Zuständigkeit des Zivilgerichts und des jetzigen Vormundschaftsgerichts übernimmt. An dessen Stelle tritt dann das Betreuungsgericht. Dort gibt es im Übrigen keine wesentlichen Änderungen.

Im Nachlassgericht wird die Ermittlung der Erben von Amts wegen eingeschränkt.

Im Registergericht werden Zwischenverfügungen anfechtbar.

Nach einer kurzen Pause ging es schon weiter mit der Verbraucherentschuldung, dem Gesetz, das eigentlich längst in Kraft sein sollte, tatsächlich sich aber noch in den Fraktionen zur Beratung befindet. Professor Dr. Hans-Ulrich Hey-

er von der Carl-von-Ossietzky-Universität in Oldenburg berichtete uns hier. Geplant ist, bei sogenannten „Null-Masse-Verfahren“ auf die Durchführung des eigentlichen Insolvenzverfahrens zu verzichten und nach Feststellung des –nicht vorhandenen- Vermögens sogleich in die Wohlverhaltensphase überzugehen. Eine Forderungsfeststellung findet somit nur noch bei Bedarf statt. Der Grund sind die Ausgaben der Länder in Höhe von rund 190 Millionen EUR jährlich für gestundete Verfahrenskosten. Der Schuldner soll an seinen Verfahrenskosten zumutbar beteiligt werden.

Nach dem Abendessen regte Frau Kathinka Kaden mit ihrem Vortrag „wie komme ich zu Recht?“ zum Nachdenken an.

Im Cafe Heuss wurde anschließend aber nicht nur darüber diskutiert.

Nach einer morgendlichen Andacht begann der Tag mit einem Vortrag zum Europäischen Verfahren für geringfügige Forderungen. Unser Referent Rechtsanwalt Dr. Christian Strasser stellte dabei die Überschrift „Ein Erkenntnisverfahren – ein Titel?“ durchaus in Frage. Für Ansprüche bis zu einer Hauptsache von 2.000 EUR kann dieses Verfahren gewählt werden, das mit einem Titel endet, der ohne Vollstreckbarerklärung international vollstreckbar ist. Dr. Christian Strasser erläuterte sehr anschaulich die Bestrebungen des Gesetzgebers, aber auch die praktischen Fallstricke, die sich z.B. durch die unterschiedlichen Landessprachen, aber auch durch verschiedene Beweismöglichkeiten in Europa ergeben.

Amtsgerichtsdirektor Hanspeter Teetzmann, stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Richterbundes, stellte die finanziellen Auswirkungen des Nachlassnotariates für den Bürger dar. Neben praktischen Problemen im Zusammenhang mit einer erforderlichen Geschäftsverteilung konnte er eine Reihe finanzieller

Mehraufwendungen ermitteln, die auch für ihn zu einer eindeutigen Ablehnung der Auslagerungsüberlegungen führen.

Für viele Anwesende wurde ein Höhepunkt der Vortrag des ehemaligen Ministers Dr. Erhard Eppler zum Thema „Der Staat im 21. Jahrhundert.“ Dr. Erhard Eppler stellte die Geschichte des modernen Staates seit dem Westfälischen Frieden im Jahre 1648 dar, die Entwicklung vom Sozialstaat zum reinen Marktstaat im 20. Jahrhundert und das Ende der marktradikalen Epoche im Jahr 2008. Er prognostizierte neue Regeln, so z.B., dass nichts, was mit dem staatlichen Gewaltenmonopol auch nur indirekt zusammenhänge, privatisiert werden könne. Er warnte vor der neuen Gefahr eines hilflosen, handlungsunfähigen, ausgehungerten und damit erpressbaren Staates.

Nach dem Mittagessen trafen sich drei Arbeitskreise mit den Themen:

I. Neue Tätigkeitsfelder für den Rechtspfleger

Das Ergebnis war die Notwendigkeit, das Berufsbild als Ganzes klar und deutlich zu vermitteln, was nur durch abgerundete, eindeutige Kompetenzen möglich ist.

II. Hausgelder in der Zwangsvollstreckung

Mit der neuen Rangklasse des § 10 Nr. 2 ZVG wollte der Gesetzgeber die rechtliche und wirtschaftliche Position der Wohnungseigentümergeinschaften stärken. Um dies umzusetzen hat die Praxis unterschiedliche Wege gefunden.

III. Das Große Vollstreckungsgericht
Erforderlich ist keine große Reform, aber eine Weiterentwicklung und Verbesserung in einigen Punkten.

Den Abend gestalteten drei große Damen – Marlene Dietrich, Zarah Leander und Josefine Baker: unter dem Motto

„Bananenrock und Federboa“ erzählten und sangen sie ihre Lebensgeschichten.

Zum Abschluss der Tagung trafen sich Peter Damm, Wolfgang Lämmer, Wolfgang Spitz (Präsident des Bundesverbandes Deutscher Inkassounternehmen) und Erhard Alff unter der Moderation von Kathinka Kaden auf dem Podium zu einer Diskussion über das Große Vollstreckungsgericht.

Einstimmigkeit herrschte auch hier bezüglich der Absage an Privatisierungen von hoheitlichen Aufgaben. Möglichkeiten der Effizienzverbesserung in den Vollstreckungsverfahren wurden kontrovers diskutiert, so z.B. die Übertragung der Pfändung von Arbeitseinkommen auf die Gerichtsvollzieher.

Für mich war Bad Boll jedenfalls eine interessante Tagung, die ich gelegentlich gerne wiederholen werde.

Claudia Kammermeier

Diverses

- Zum 31. März 2008 waren in Bayerns Gefängnissen 1.293 Strafgefangene wegen Körperverletzungsdelikten inhaftiert. In den letzten sieben Jahren stieg ihre Zahl damit um 52,3% (2001: 849 Gefangene).
- 1.743 der insgesamt 9.628 Strafgefangenen saßen wegen Betäubungsmitteldelikten am 31. März 2008 in Bayern hinter Gittern. Gegenüber 2001 bedeutet das eine Steigerung um 38,8% (2001: 1.256 Gefangene).
- Von den nach allgemeinem Strafrecht verurteilten 118.799 Personen wurden 92.888 (78,19%) zu Geldstrafen verurteilt. Freiheitsstrafen wurden gegen 25.909 Personen (21,81%) verhängt. Von diesen Freiheitsstrafen wurden 17.201 (66,39%) zur Bewährung ausgesetzt. Zu lebenslanger Freiheitsstrafe wurden 29 Personen verurteilt.
- Bayerns Justizministerin Dr. Beate Merk hat in einer Feierstunde im Nürnberger Justizpalast den bisherigen Chef der Staatsanwaltschaft Nürnberg Fürth und jetzigen Nürnberger Generalstaatsanwalt Klaus Hubmann (62) verabschiedet und seinen Nachfolger Reinhard Lubitz (61) in sein Amt eingeführt.
- Das Bayerische Justizministerium und der 1. Vorsitzende des Verbands Bayerischer Zeitungsverleger e.V. (VBZV) unterzeichneten einen Rahmenvertrag, der es ermöglicht, dass Handelsregisteränderungen auch nach dem 31. Dezember 2008 in Bayern weiterhin in den Zeitungen veröffentlicht werden können. Handelsregisterdaten werden seit 1. Januar 2007 im Internet veröffentlicht. Daneben bestand nur bis 31.12.2008 eine gesetzliche Verpflichtung der Justiz, die Daten auch den Zeitungen zur Verfügung zu stellen.
- Die Herbst-JuMiKo 2008 hat eine Arbeitsgruppe unter Federführung Bayerns eingerichtet mit der Aufgabe, zu überprüfen, ob die derzeitigen zivil- und strafrechtlichen Regeln zur Managerverantwortlichkeit in Zeiten der Finanzmarktkrise ausreichend sind oder angepasst werden müssen.
- Die Zahl der Insolvenzen ist rückläufig: Im 1. Halbjahr 2008 sank die Zahl im Verhältnis zum Vorjahreszeitraum um 9,3%. Von den ca. 77.000 Insolvenzen entfielen auf Verbraucherinsolvenzen ca 48.000. Die Gesamtsumme der angemeldeten Gläubigerforderungen belief sich auf 14,7 Mrd. Euro (im Vorjahreszeitraum 16 Mrd Euro)

NEUJAHRSRÄTSEL

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wegen des großen Erfolgs der letztjährigen Preisrätsel, startet der Verband Bayerischer Rechtspfleger e.V. auch dieses Jahr wieder ein Gewinnspiel. Herr Dr. Schleicher vom Gieseking Verlag hat entgegenkommenderweise wieder fünf hochwertige und aktuelle Kommentare als Gewinne zur Verfügung gestellt. Dies sind:

1. Preis: Dassler/Schiffhauer/Hintzen/Engels/Rellermeyer, ZVG, Kommentar, 13. Aufl. (2008)
2. Preis: Göppinger/Wax, Unterhaltsrecht, 9. Auflage (2008)
3. Preis: Schröder/Bergschneider, Familienvermögensrecht, 2. Auflage (2007)
4. Preis: Bienwald, Betreuungsrecht, 4. Auflage (2005)
5. Preis: Hintzen/Wolf, Zwangsvollstreckung..., Handbuch (2006)

Dafür bereits jetzt ein herzliches Dankeschön!!!!

Teilnahmebedingungen sind folgende:

- Teilnahmeberechtigt sind alle Mitglieder des Verbands Bayerischer Rechtspfleger e.V. mit Ausnahme der Schriftleiterin des Kuriers.
- An der Verlosung nimmt jede richtige Lösung teil, die bis zum Einsendeschluss bei der Schriftleiterin des Kuriers schriftlich eingeht (per Brief: Daniela Woite, AG München, Abt. 15, Infanteriestr. 5, 80315 München oder per e-mail: Danie-la.Woite@ag-m.bayern.de)
- Der Gewinner wird namentlich in einem Folgekurier bekannt gegeben (Das Risiko, Anfragen von Kollegen aus ganz Bayern zu erhalten mit der dringenden Bitte um Auskunft aus dem gewonnenen Kommentar, ist leider einzugehen)
- Einsendeschluss ist der 01. April 2009

Wie geht's?

Nachfolgende 19 Silben ergeben drei Wörter aus dem Arbeits- oder Wissensbereich eines Rechtspflegers:

Ab – ver – rek – trag – zip – Tei – Amts – tions – richts – strak – tor – rungs – an – stei – di – lungs – ge – prin – ge

VIEL GLÜCK !!!

Termine

- Gespräche der Vorstandschaft mit der Fraktion der CSU im Januar 2009
- Gespräche der Vorstandschaft mit der Fraktion der SPD im Januar 2009
- Treffen mit der Staatsministerin der Justiz und für Verbraucherschutz am 11.02.2009
- Präsidiumssitzung des BDR vom 23. bis 25.05.2009
- Hauptverwaltungssitzung vom 22. bis 24.06.2009
- Dämmerschoppen in Coburg und Gedenken am den Hundertsten Jahrestag der Gründung des Verbandes Bayerischer Rechtspfleger am 17.07.2009
- Bayerischer Rechtspflegertag im Juni 2010

Neujahrswünsche

Die Vorstandschaft des Verbandes Bayerischer Rechtspfleger e.V. und die Schriftleiterin des Kuriers wünschen den Mitgliedern, Förderern und Freunden ein glückliches und erfolgreiches Jahr 2009!

Rosemann – Pauli – Hofmann – Kammermeier – Schmid –
Hofstetter – Santl – Saffert – Woite

Herausgeber:

Verband Bayerischer Rechtspfleger e.V., 80097 München;

E-Mail: info@rechtspflegerverband-bayern.de

weitere Informationen und aktuelle Meldungen unter www.rechtspflegerverband-bayern.de

Vorsitzender Kurt Rosemann, Nürnberg,

Schriftleiterin u. verantwortlich für den Inhalt: Daniela Woite,

Amtsgericht München, Infanteriestr. 5, 80097 München

Mit Namen unterzeichnete Artikel, Stellungnahmen, Leserbriefe etc. werden unter alleiniger Verantwortung des Unterzeichners veröffentlicht und geben grundsätzlich nur dessen Auffassung wieder. Ihre Veröffentlichung beinhaltet nicht, daß sich Herausgeber oder Schriftleitung die darin enthaltenen Tatsachenbehauptungen zu eigen machen oder die darin geäußerten Meinungen teilen.